Erscheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 50 ₰, ¼jährl. 1.50 ℳ pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 ₰, ¼jährlich 30 ₰

Volksblatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr
beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Wohnungs-, Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags ½10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 7057.

Redaktion und Expedition: Geiststraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Halle[saale].

Motto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 18. Mittwoch den 22. Januar 1896. **7. Jahrg.**

Die Geister, die sie riefen, die werden sie nicht los.

Es ist eine verzweifelte Zwickmühle, in welche die evangelischen Geistlichen hineingeraten sind, — die christlich-sozialen ebenso wie jene anderen, die am liebsten mit den „Sozialen“ nichts zu thun haben möchten.

Sie würden ja so gern hübsch hinterm warmen Ofen bleiben, so gern dem Oberkirchenrat und seinem neuesten Erlasse folgen, würden an ihrer Schäflein Seelenseligkeit geduldig weiter arbeiten und für die Verbreitung von Gottesfurcht, Königstreue und Nächstenliebe, soweit sich das in Gemütsruhe abmachen läßt, das ihre thun und ihren Gehalt einstreichen.

Aber hat sich denn nicht der Oberkirchenrat selbst schon zweimal, 1879 und 1890, zu Erlassen hinreißen lassen, die ganz anders lauteten? Die die Pastoren aufrüttelten aus ihrer beschaulichen Ruhe und sie hinausjagten in das leidige Gedränge sozialpolitischer Versammlungen, wo sie Vorurteile zerstreuen und einer friedlichen Fortentwicklung Raum schaffen“, das heißt in ehrliches Deutsch übersetzt, der kampffrohen Sozialdemokratie den Boden abgraben sollten?

Freilich hat das nicht können sein. Es ist ja den frommen Talarträgern allerdings hie und da so manches gelungen. Aber zu guterletzt haben doch überall die schlimmen Sozis geerntet, wo die Christlich-Sozialen gesät haben.

Daß die Regierung davon nicht erbaut ist, daß der Oberkirchenrat darüber ganz verzweifelt ist, daß uns're Großgrundbesitzer vor Aerger die Faust ballen und großindustrielle Kampfhähne, wie Königlein Stumm, mit besagter Faust sogar in gefahrdrohendster Weise um sich fuchteln, — wer kann es ihnen verdenken?!

Muß es denn nicht den Oberkirchenrat erbittern, wenn er hört, wie den Volksmassen von christlich sozialen Pastoren klar gemacht wird, daß sie sich nicht mehr begnügen brauchen mit den Brosamen, die von der großen Herren Tischen fallen? Muß es nicht den Stumm zu feuerspeiender Wut treiben, wenn ihm Pastor Kötzschke die Drohung ins Gesicht schleudert, die evangelischen Arbeitervereine würden ihm bald gefährlicher werden, als die Sozialdemokraten?

Ein verdammt magerer Trost ist es wahrlich für solche „Arbeiterherren“, daß diese evangelischen Arbeitervereine sich von den Sozialdemokraten durch ihr Christentum und ihre Königstreue so gewaltig unterscheiden. Was nützt die christliche und königstreue Gesinnung, wenn die Autorität des Arbeitgebers bei den Christlich-Sozialen gerade so in die Brüche geht, wie bei den Sozialdemokraten?

Programmmäßig wollen die evangelischen Arbeitervereine auf friedlichem Wege, Hand in Hand mit den Arbeitgebern an der Verbesserung ihrer Lage arbeiten. Die christlich-sozialen Pastoren aber haben verzweifelt klar erkannt und laut in die Welt hinausgepredigt, daß nur durch den Klassenkampf den kapitalistischen Unternehmern nennenswerte Zugeständnisse für die Enterbten abgepreßt werden können; sie haben in der Aufdeckung von Produktions-Mißständen den geschmähten sozialdemokratischen Agitatoren nachgeeifert, haben die „Kohlen- und Schlotbarone“ in ihrer Selbstsucht und Unbarmherzigkeit gekennzeichnet; das christlich-soziale Pfaffentum würde allen Einfluß und alle Achtung bei dem Volke verlieren, wenn es wieder auf Geheiß von oben her sich unter die Stillen im Lande zurückziehen wollte.

Halten es etwa die Katholisch-Sozialen, an deren Spitze gleichfalls der Klerus marschiert, gegenwärtig für möglich, auf sozialpolitische Wirksamkeit zu verzichten? Schon um dieser willen dürfen die evangelischen Geistlichen das Feld nicht räumen.

Nein, im Gegenteil: sie müssen es ihren feindlichen „Brüdern in Christo“ auch auf diesem Gebiete zuvorzuthun versuchen, müssen Sozialpolitik treiben, um sich selbst ihre Stellung und der evangelischen Kirche den Einfluß aufs Volk zu erhalten.

Jene Aeußerung eines Geistlichen, die der Reichsbote vor kurzem wiedergegeben hat, war allen evangelisch-sozialen Pastoren aus dem Herzen gesprochen: „Wir haben die Predigt satt bis an den Hals; wir müssen soziale Dinge treiben, um unsere Stellung in den Gemeinden zu halten, beziehungsweise wieder zu stärken.“

Der jüngste Erlaß des Oberkirchenrats fordert demnach etwas Unerfüllbares. Drum ist auch bereits der Reichsbote an der Arbeit, ihn zu drehen und zu deuteln, daß er schließlich nicht als ein totaler Mißgriff erkannt und verlacht werde.

Der Reichsbote behauptet, dieser Erlaß sei kein Widerruf des Erlasses von 1890, sondern richte sich nur gegen die hervorgetretenen Mißgriffe und Einseitigkeiten einzelner Geistlichen. Die gesunde soziale Arbeit zur Ausgleichung der sozialen Gegensätze wie zur Rettung der Arbeiter aus den Händen der Sozialdemokratie bleibe davon völlig unberührt. Der Geistliche müsse nicht nur die Irrtümer der sozialdemokratischen Verführer widerlegen, sondern sich auch der Arbeiterinteressen annehmen und die christlichen Arbeitervereine unterstützen.

Nun sind aber selbst die evangelischen Arbeitervereine, wie die Fabrikanten in vielen Gegenden klagen, auf einer „sehr schiefen Bahn“. An den angeblich so sehr bedenklichen Tendenzen der Arbeiterzeitungen, die als Organe der evangelischen Arbeitervereine, z. B. in Sachsen und Thüringen erscheinen, werden die sozialistisch angehauchten Pastoren weder etwas ändern können noch wollen, und die Hilfe, das Organ Naumanns, das radikalste der christlich-sozialen Blätter, wird mit seinen 11000 Abonnenten erst recht nicht zu Kreuze kriechen.

Die Reise auf der schiefen Ebene geht also dem König Stumm, dem Oberkirchenrat und der Regierung zum Trotz weiter von statten. Wenn die christlich-sozialen Pastoren nicht der Sozialdemokratie freiwillig Hilfsarbeit leisten, so müssen sie es unfreiwillig, notgedrungen thun, wenn sie nicht sich und ihre Kirche aufs schwerste blamiren wollen.

Die Sozialdemokratie steht im Dienste der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Tage. Wer sich ihr entgegenstemmt, wird vom rollenden Zeitenrade entweder mit vorwärts gerissen oder zermalmt!

Deutscher Reichstag.

19. Sitzung vom 20. Januar, 1 Uhr.

Präs. **v. Buol** erbittet die Ermächtigung, dem Kaiser im Namen des Hauses zum Geburtstag gratulieren zu dürfen. Das Haus beschließt demgemäß.

Es folgt die zweite Beratung des Etats und zwar des Etats der **Post- und Telegraphenverwaltung.**

Staatssekretär **v. Stephan** giebt einen Ueberblick über die Entwickelung des Postwesens seit 25 Jahren. 1870 bestanden 4520 Postanstalten, gegenwärtig giebt es 28263, die Zahl der Telegraphenämter betrug 1870 1078, 1895 17,800 mit 192000 Apparaten. Kein Land Europas kann hier mit dem Deutschen Reiche wetteifern. Die Postanstalten auf dem platten Lande werden von Jahr zu Jahr vermehrt, gegenwärtig kommt auf sieben Dörfer eine Postanstalt, das Bestreben der Postverwaltung geht aber dahin, daß jedes Dorf seine eigene Postanstalt und womöglich auch sein eigenes Telegraphenamt bekommt. Die Entwicklung des Fernsprechverkehrs, die im Anfang die größten Schwierigkeiten machte, ist gleichfalls in großartigster Weise vorgeschritten. Gegenwärtig hat beispielsweise Berlin 25430 Fernsprechstellen, von Berlin aus kann man sich mit 200 Städten unterhalten. In der jüngsten Zeit hat man auch den Fernsprechverkehr mit dem Auslande in weiterem Umfang hergestellt, wir können heute mit unseren Freunden in Wien und Brüssel sprechen. Die direkte Herstellung einer Linie Berlin-London ist bereits geplant. (Beifall.) Daß die Entwickelung unseres Fernsprechverkehrs so günstig sich gestaltet hat, kommt lediglich daher, weil wir das Fernsprechwesen sofort verstaatlicht haben. Wir haben uns dadurch vor all den Unannehmlichkeiten und Verwickelungen geschützt, mit denen die anderen Länder zu kämpfen gehabt haben. Die Rohrpost in Berlin befördert im Jahr über 5 Millionen Briefe. Alle Erfindungen werden von uns berücksichtigt. Aber dies hat auch zur Folge, daß jeder, der irgend etwas erfunden hat, sich an mich wendet. Hunderte und aber hunderte von eingeschriebenen Briefen liefen zum Beispiel von Erfindern eines neuen Poststempels bei mir ein, die Prämien von 5—50000 Mk. von mir verlangten. (Heiterkeit.) Aus dem gegenwärtigen Etat ersieht man aufs deutlichste, wie die Postverwaltung für ihre Beamten sorgt. Die etatsmäßigen Stellen sind vermehrt, eine Kleider-, eine Spar- und Vorschuß-, die Kaiser Wilhelm-Kasse ist gegründet worden. Ein Postverwalter R. aus G. hat sich neulich bei mir vorgestellt und gebeten, wenn bei der Etatsberatung ein „hungerleidender“ Postbeamter erwähnt werde, so sei er bereit, mit seiner Frau auf eigene Kosten nach Berlin zu kommen und sich vorzustellen. Er wiege 225 Pfd. und seine Frau 175. (Große Heiterkeit.) Die Zahl der Briefe ist gegenwärtig von 68 Millionen im Jahre 1870 auf 2360 Millionen gestiegen. Möge die Entwicklung des Reichspostverkehrs immer weiter vorwärts schreiten zu Ehren des deutschen Namens auf dem Boden des Weltverkehrs. (Beifall.)

Abg. **Bürklin** (natl.) befürwortet namens der Kommission, daß die Annahme und Bestellung gewöhnlicher Packete von der Reichspost an Sonn- und Feiertagen, mit Ausnahme der Weihnachtszeit vom 14. bis 30. Dezember auf Eilsendungen beschränkt werde.

Abg. **Singer** (soz.): Bisher hat die Reichspostverwaltung leider auf die wiederholten Wünsche des Reichstages keine Rücksicht genommen. Dies gilt besonders auf sozialem Gebiete. Der Staatssekretär hält ja allerdings die Verhältnisse im Postwesen für unübertrefflich. In seiner Rede hat der Staatssekretär zu erwähnen vergessen, was die Postverwaltung seit 25 Jahren nicht gethan hat. Die Post ist immer mehr ein Institut für Plusmacherei

---

94]

Germinal.

Sozialer Roman von Emil Zola.

[Nachdruck verboten.

Diese Grube lag ungefähr drei Kilometer entfernt, in einer Thalbucht am Ufer der Scarpe. Schon stiegen sie die Höhen der Gipsbrüche nahe Baugnies hinan, als eine Stimme rief, in Feutry-Cantel seien vielleicht die Dragoner; und von einem Ende der Kolonne bis zum anderen tönte es:

„Die Dragoner sind in Feutry-Cantel!“

Der Marsch stockte. Eine ungewisse Furcht schreckte sie: seit dem Morgen waren sie noch keinem Soldaten begegnet; irgendwo mußten dieselben doch sein! Und, ohne daß man wußte, woher es kam, durchhallte plötzlich ein neues Losungswort die Luft:

„Nach der Victoire! Nach der Victoire!“

Dort gab es also weder Dragoner noch Gendarmen? Niemand konnte es sagen; aber alle waren beruhigt, gingen nach Beaumont zu die Anhöhe hinab und trabten über die Felder bis zur Chaussee von Joiselle. Die Eisenbahn versperrte ihnen den Weg; sie zerbrachen die Einzäunungen, sprangen über die Schienen und liefen nach Montsou hin, das wellig abfallende Terrain hinunter, welches sich bis an die dunklen Häuser von Marchiennes wie ein wogendes Meer ausdehnt.

Es war ein Weg von mehr als fünf Kilometer. Sie stürmten ihn dahin, ohne Ermüdung zu fühlen noch Schmerz in ihren wunden Füßen. Aus allen Arbeiterdörfern strömten Kameraden hinzu, und als sie über die Brücke von Magache den Kanal passierten und endlich bei der Victoire anlangten, war ihre Zahl bis auf zweitausend gewachsen. Aber es war drei Uhr vorüber; kein Arbeiter befand sich mehr in der Grube. Dies reizte ihren Zorn. Sie zerbrachen Ziegel, jagten damit die Erdarbeiter in die Flucht, welche zum Dienst einrückten, überschwemmten die Gebäude, und warfen sich, enttäuscht, keinen Verräter mehr zu finden, den sie züchtigen könnten, mit wildem Zerstörungsgelüste auf die Grube.

Stephan hatte hinter einem Schuppen ein paar Männer entdeckt, welche einen Lastwagen mit Kohlen beluden:

„Marsch;“ rief er, „nicht eine Schaufel voll verläßt den Platz!“

Die Männer wurden vertrieben, die Pferde ausgespannt und über die Felder gejagt, der Wagen wurde umgestürzt und zerbrochen.

Levaque fiel mit seiner Hacke auf die eisernen Stützen der Verbindungsbrücke, doch er vermochte nicht, sie zu fällen, drum warf er sich auf die Eisenbahn der Grube. Andere folgten seinem Beispiele und rissen die Schienen auf; Maheu, mit einer Eisenstange bewaffnet, brach die Schienenstühle heraus. Und während die Männer die Bahn zerstörten, drangen die Weiber, von der Brule geführt, in das Lampenmagazin und hieben mit ihren Stöcken in die dort aufgehängten Grubenlampen. Das Glas zersprang klirrend, das Oel floß in Strömen; alle wateten darin herum. Die Mouquette trocknete lachend die triefenden Hände an ihren Röcken, während ihr Jeanlin die letzte Lampe in den Nacken goß.

Aber immer erbarmungsloser nagte der Hunger, und mitten durch den tosenden Lärm brach wieder der verzweifelte Ruf:

„Brot! Brot! Brot!“

In der Grube hielt ein früherer Aufseher eine kleine Schänke. Er hatte sich geflüchtet, und als die Frauen ihr Zerstörungswerk im Lampenmagazin beendet und die Männer den Schienenweg verwüstet hatten, warf sich der Haufe auf die Bude. In einem Augenblick waren Thür und Fenster erbrochen, und die Plünderung begann. Aber sie fanden kein Brot; nur zwei Stücke rohes Fleisch und ein Sack Kartoffeln wurde ihre Beute und endlich fünfzig Flaschen Wachholder, die, wie ein Tropfen Wasser im Sande, in all den Kehlen versiegten.

Stephan füllte von neuem seine Feldflasche. Nach und nach begann aus seinem leeren Magen ein wüster Rausch emporzusteigen, der ihm das Blut in die Augen trieb und ihm die Zähne zwischen den blassen Lippen zu verlängern schien. Plötzlich vermißte er Chaval. Die Männer rannten suchend umher und zogen den Flüchtling endlich hinter den Holzstößen hervor, wo er sich mit Käthen versteckt hatte. Stephan ergriff ihn:

„Ah, Du feiger Schuft, fürchtest Dich dabei zu sein, wenn wir dreinhauen? Und doch warst Du es, der im Walde schrie, die Maschinisten sollten auch streiken, damit die Pumpenwerke stillständen . . . Aber, hol mich der Henker, sofort kehren wir noch Gaston-Marie zurück, und ich will, daß Du, Schurke, mit eigener Hand die Pumpe zertrümmerst! Hörst Du, Lump, Du selbst mußt sie in Stücke hauen!“

In seiner Trunkenheit hetzte er jetzt die Kameraden auf die Grube, welche er ein paar Stunden früher gerettet hatte:

„Nach Gaston-Marie!“

Alles johlte ihm nach:

„Nach Gaston Marie! Nach Gaston-Marie!“

„Geh doch nach Haus!“ rief Maheu wieder seiner Tochter zu, welche nicht von der Seite ihres Geliebten gewichen war.

Aber diesmal stockte ihr Schritt nicht einmal. Sie warf auf ihren Vater einen jähen Blick, in dem Verzweiflung, Bitte, Todesmut leuchteten, dann lief sie mit der Rotte dahin.

Und die brandende Woge dieses tobenden Volks floß die Landstraße zurück. Es war vier Uhr; die Sonne begann zu sinken und warf auf den froststarren Boden die wilden Schatten der aufgeregten Schar. Sie umgingen Montsou, nahmen wieder die Chaussee von Joiselle und zogen dann, um den Umweg durch die Fourche-aux Boeufs abzuschneiden, die Piolaine entlang.

Herr und Frau Gregoire waren ausgegangen, um vor dem Abendessen bei Hennebeau noch dem Notar einen Besuch abzustatten. Der Gutshof mit seiner öden Lindenallee und seinem winternackten Obgarten schien zu schlummern; nichts rührte sich in dem Hause, dessen Wärme die Fenster mit mattem Hauch überzogen hatte. Das ganze Gebäude atmete Behagen.

Ohne ihren Schritt zu verzögern, warfen die verhungernden Männer und Weiber finstere Blicke durch die Pforte und über die mit Glassplittern gespickte Mauer, während ihr heulender Ruf die Reihen durchbebte:

„Brot! Brot! Brot!“

Zwei große dänische Doggen bäumten sich mit offenem Rachen hinter dem Gitter und antworteten mit wütendem Gebell. Hinter den geschlossenen Jalousien starrten die beiden Mägde, Melanie und Honorine, angstbleich auf den wilden Pöbel hinab und sanken zum Tode erschreckt auf die Kniee, als ein Stein, ein einziger Stein ein Fenster des Salons zertrümmerte.

Dies war ein Scherz Jeanlins gewesen, der sich mit einem Strick eine Schleuder fabriziert hatte und im Vorübergehen der Familie Gregoire diesen freundschaftlichen Gruß sandte. Im nächsten Augenblicke schon humpelte er wieder an der Spitze des Zuges, blies in sein Horn, und die Menge trottete vorbei. Schwächer und ferner hallte ihr Ruf:

„Brot! Brot! Brot!“

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218960122-14/fragment/page=0001

geworden. Den Wünschen der Bevölkerung ist sie aber nicht gerecht geworden, ich nenne nur die Wünsche bezüglich Erhöhung der Gewichtsgrenze für einfache Briefe u. s. w. Die Reichspostverwaltung ist sogar schon von Privatpostanstalten überholt worden, die sowohl in Berlin als in anderen Großstädten glänzende Erfolge erzielt haben. In den Anstellungsverhältnissen der Beamten sind jetzt noch große Mißstände vorhanden. Wenn der Staatssekretär uns zum Beweis für die Nichtberechtigung der alten Klagen einen Postmeister mit starken Konturen vorführt, der sich ihm als Muster eines hungerleidenden Beamten vorgestellt hat, so beweist dies eine Beispiel garnichts. Der Staatssekretär möge einmal einen Rundgang durch die Bureaus machen; dann wird er hohläugige überarbeitete Beamte in Menge sehen, die nicht im stande sind, sich ordentlich zu ernähren. Ein freier Sonntag ist den Beamten in erster Linie zu gönnen. Weshalb soll es denn in Deutschland nicht möglich sein, an Sonntagen höchstens Gilpackete bestellen zu lassen. Ich hoffe deshalb, daß der von der Kommission angenommene Resolution endlich Folge gegeben wird. Wenn die Postschalter des Sonntags nur vormittags geöffnet wären, so hätten die Beamten wenigstens einen freien Nachmittag; das Publikum würde sich an diese Abänderung in kurzer Zeit gewöhnen. Auch die übrige Sonntagsarbeit für die Postbeamten muß eingeschränkt werden. Die Urlaubsfrage der Unterbeamten ist ja dank der Bemühung meiner Partei jetzt etwas in Fluß gekommen. Aber ganz hat man sich hier von dem Kastengeiste noch nicht frei machen können, denn während den höheren Beamten ohne weiteres Urlaubsgesuche erteilt werden, ist dies bei niederen Beamten nur „in dringenden Fällen" gestattet. Ich erinnere hier an die bekannte Verfügung des Postdirektors Griesebach, wonach die Unterbeamten viel zu viel Urlaub bekommen und die Vorsteher der Postämter aufgefordert werden, den Urlaubsverhältnissen der Unterbeamten „besondere Beachtung" zu schenken. Mir ist ein Fall aus Schwerin bekannt, wo einem Landbriefträger, der 24 Jahre ohne jeden Urlaub gedient hatte, auf sein Gesuch um einen achttägigen Urlaub zum Besuch seiner totkranken Schwiegermutter nur drei Tage bewilligt wurden, so daß der Mann von dieser Erlaubnis gar keinen Gebrauch machen konnte. Die Kautionen der Unterbeamten sind allerdings ermäßigt worden, werden aber in dem früheren hohen Betrage noch immer einige Jahre zurückbehalten. Immer noch werden während der Weihnachtszeit Soldaten als Hilfskräfte herangezogen. Diesmal sind in einem Berliner Postamt sogar ein Student der Theologie und ein Primaner beschäftigt worden. (Hört! hört!) Auch dauert die Maßregelung der Mitglieder des Assistentenverbandes fort. Wenn die Beamten nur im Dienst prompt und billig ihre Pflicht thun, so geht das, was sie außerhalb der Dienststunden machen, die Postverwaltung gar nichts an.

Ich will an der Maßregelungspraxis der Postverwaltung nur einen Fall anführen. Aus einem Begrüßungstelegramm der Torgauer Assistenten **an den Bezirksverein in Halle**, der sein Stiftungsfest feierte, und das unterzeichnet war mit: „Die Torgauer Festungsgefangenen" hat sich eine hochnotpeinliche Untersuchung entwickelt. Welch schlechtes Gewissen muß eine Verwaltung haben, die nicht mal einen Scherz vertragen kann! Vielfach werden die unteren Beamten angehalten, sich an einer Feier für ihre Vorgesetzten zu beteiligen. Wenn die Vorgesetzten das Bedürfnis haben, gefeiert zu werden, so ist das ja ihre Sache, aber keineswegs soll man ihre Untergebenen beeinflussen. In Posen wurde an die Postassistenten eine Verfügung erlassen, sich das „künstlerisch" ausgeführte Bild des Staatssekretärs Dr. Stephan für 1.50 M. anzuschaffen. Ein derartiger Unfug sollte doch ein für allemal verboten werden. Dann es ist ein Unfug, wenn man Loyalitätsäußerungen erzwingen will, die Beamten können ihr Geld für ihre Familie besser gebrauchen. Schließlich wird es noch so weit kommen daß die Postbeamten sich die sämtlichen ihrischen Gedichte Dr. Stephans anschaffen müssen. (Heiterkeit.) Ich schließe mit der Hoffnung, daß der Reichstag im nächsten Jahre den lobenden Ausführungen des Dr. Stephan wirklich zustimmen kann, nachdem die Postverwaltung auch für das soziale Wohl der ihr anvertrauten Arbeiter in besserer Weise gesorgt hat. (Beifall.)

Abg. **Schädler** (Zentr.). Von der Sonntagsruhe der Postbeamten wird viel gesprochen, viel wichtiger ist aber die Sonntagsheiligung; die Beamten müssen regelmäßig in die Kirche gehen können. Redner stellt die Einbringung eines neuen Postzeitungstarifs in Aussicht, der von der Postverwaltung geplante habe große Nachteile.

Abg. **Lingens** (Zentr.). Im Packetverkehr läßt sich volle Sonntagsruhe erreichen.

Abg. **Werner** (Antis.) wundert sich, daß noch kein neuer Postzeitungstarif ausgearbeitet ist.

Abg. Frhr. v. **Stumm** (freikons.) nimmt die Postverwaltung vor dem Vorwurfe in Schutz, sie berücksichtige die Unterbeamten nicht genug. Der Antrag Singer auf Freigabe der Sonntage an die Unterbeamten ist zu weitgehend.

Schatzsekretär **v. Posadowsky** erklärt sehr bestimmt, die Regierung sei nicht willens, die Fernsprechgebühren, das Porto für Berliner Stadtpostbriefe zu ermäßigen und das Gewicht für einfache Briefe auf 20 Gramm zu erhöhen. Es würden durch Annahme dieser Wünsche dem Reiche 15 Millionen Mark verloren gehen; die müßten dann anderweit beschafft werden. Betreffs des Postzeitungstarifs erklärt er: Wir gedenken eine feste Abonnementsgebühr für täglich erscheinende Zeitungen, eine feste Jahresgebühr für Wochenausgaben einzuführen und außerdem das Gewicht der einzelnen Zeitungen zu berücksichtigen. Wir sind von der Auffassung ausgegangen, daß es nicht darauf ankommt, bei der Neuregelung des Postzeitungstarifs dem Reiche wesentlich neue Einnahmen zuzuführen, sondern daß es sich nur darum handelt, eine gerechtere Verteilung der Lasten zu erwirken, das wird ja auch gewiß Ihren Wünschen entsprechen. Der Postzeitungstarif ist jetzt von uns so weit geregelt, daß wir ihn in nicht allzu ferner Zeit den verbündeten Regierungen zur Genehmigung vorlegen können. Deshalb bitte ich Sie, sich noch so lange zu gedulden. [redacted]

Unterstaatssekretär Dr. **Fischer** sucht die Angriffe des Abg. Singer als unbegründet zurückzuweisen.

Hierauf vertagt das Haus die weitere Beratung auf Dienstag 1 Uhr. Schluß 5½ Uhr.

Tagesgeschichte.

Zur Jubelfeier. Im Königreich Sachsen hat man es verstanden, das glorreiche Jubelfest durch eine ganz besonders feine staatsretterische That zu illustrieren. Bekanntlich planen die reaktionären Bliemchen eine Verschlechterung des Wahlrechts zum Landtage derart, daß die unbemittelten Volksschichten fast völlig entrechtet werden. Um diesen Schurkenstreich zu vereiteln, hat sich eine Wahlrechtsliga gebildet, deren Sitz in Leipzig ist und die unter Führung des Genossen Schönlank steht. Aufgabe dieser Liga ist es, im Volke einen Sturm der Entrüstung gegen den beabsichtigten Streich wachzurufen, damit der Landtag, sobald er an die Beratung der Sache geht, davon zurückschreckt, dem Volke den frechen Faustschlag zu versetzen. Wie sehr die Gründung der Wahlrechtsliga dem Wunsche des sächsischen Volkes entsprach, bewies das ungeheure schnelle Wachstum seiner Mitgliederzahl, das bewiesen auch die glänzend verlaufenen Protestversammlungen. Nun hat man gestern einfach in Leipzig die Wahlrechtsliga auf Grund des Vereinsgesetzes aufgelöst. Die Auflösung der sozialdemokratischen Wahlrechtsliga erfolgte auf Grund des § 20 des sächsischen Vereins- und Versammlungsrechts. Gedachter Paragraph lautet: „Vereine, in deren Zweck es liegt, Gesetzes-Uebertretungen oder unsittliche Handlungen zu begehen, dazu aufzufordern oder dazu geneigt zu machen, sind zu verbieten." So belohnt man im glorreichen Jubiläumsjahre diejenigen Leute, die einst auf den Schlachtfeldern Frankreichs die Gründung des Deutschen Reichs ermöglichten. Es geht nichts über den praktischen Patriotismus!

Die Leipz. Volksztg. bemerkt dazu:

Polizeiliche Beschlagnahmen des Vereinseigentums der Wahlrechtsliga erfolgten heute vormittag an allen bekannten Stellen, an denen die Mitgliedschaft an der nun aufgelösten Liga erwarten werden konnte. Just zur selben Zeit als der Vorsitzende der Liga einer Vorladung vor das Polizeiamt Folge gab, wobei ihm die Auflösung des Vereins bekannt gegeben wurde, verteilte sich ein ganzer Schwarm von Polizeibeamten in alle Stadtbezirke, um an jenen Stellen die noch vorhandenen Mitgliedskarten und die angelegten Mitgliederlisten abzuholen.

Damit nicht genug, vergrifen sich einige Beamte auch noch an den an jenen Stellen ausliegenden Einzeichnungslisten der gegen die Wahlrechtsverkümmerung gerichteten Petition, die an den sächsischen Landtag abgesandt werden soll. Wir erblicken hierin eine völlig ungesetzliche Handlung, und wir müssen verlangen, daß die Behörde den Konfiskationseifer der unteren Polizeibeamten zügelt und auf das zulässige Maß zurückführt. Die Betroffenen fordern wir auf, gegen die Beschlagnahme der Petitionslisten ungesäumt Beschwerde zu führen und die Wiederherausgabe der Listen vom Polizeiamte schleunigst zu verlangen.

Wegen Kaiserbeleidigung, Bettelns, Widerstands u. s. w. wurde in Berlin der 25jährige Zimmermann Hertwig, der sich selbst als moralisch total herabgekommen bezeichnete, zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Es war ihm darum zu thun gewesen, eine recht hohe Strafe zu erlangen, da es ihm im Gefängnisse besser ergehe als einem arbeitslosen „freien Arbeiter."

Wegen Kaiserbeleidigung außer Verfolgung gesetzt wurde am Sonnabend ein seit einigen Tagen im Kieler Gerichtsgefängnis inhaftiert gewesener Landwirt aus der Umgegend von Kiel. In demselben Gefängnis befindet sich seit einigen Tagen ein Schlosser in Haft, der bei seiner Arretierung wegen totaler Trunkenheit sich einer Kaiserbeleidigung schuldig gemacht haben soll.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde in Schneidemühl der jugendliche Sohn des Rentengutsbesitzers Theodor Krause aus Klein Koftzierzyn zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Diese Meldung bedarf der Aufklärung, da das Mindestmaß an Strafe bei Majestätsbeleidigungen 2 Monate beträgt.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde in Königsberg Genosse Lorenz von der Volkstribüne zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte einem süddeutschen Blatte eine kleine Notiz entnommen, in welcher des Bismarcksprologs gedacht wurde, welchen der Kaiser zu der Festvorstellung im Berliner Schauspielhaus geschrieben hatte.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde in Plauen der Bergmann Franz Meyer zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Dem Freiherrn von Stumm, welcher im Reichstage behauptete, die vom Vorwärts, dem Volk und der Frankfurter Zeitung über seine Person verbreiteten Mitteilungen seien unwahr und beruhten auf Erfindung, antwortet der Saarbrückener Korrespondent der Frankfurter Zeitung: Möge der Freiherr hundertmal im Reichstage, oder wo es immer sei, unsere Mitteilungen als unwahre Erfindungen zu diskreditieren suchen: Wir halten sie aufrecht. Er gehe mit der Frankfurter Zeitung vor Gericht; von Saarbrücken bringen wir Ihnen einen Extrazug mit Zeugen für die von uns gemeldeten Thatsachen und Aeußerungen als Sukkurs.

Die Junker drohen! Das Organ der Bündler, die Deutsche Tageszeitung, erklärt, daß es „die letzten Konsequenzen aus den Reichstagsverhandlungen über den Antrag Kanitz erst zu ziehen gedenke, wenn die Tage des Festes vorüber sind." — Die großrednerischen Prahlhänse werden ins Mauseloch kriegen, wenn sie erfahren, daß der Kaiser dem Landwirtschaftsminister v. Hammerstein für seine kräftige Rede ausdrücklich gratuliert hat.

Einen Berg Makulatur nennt der Vorwärts mit Recht das am Freitag dem Reichstag überreichte bürgerliche Gesetzbuch! [redacted]

In Bezug auf die Immunität (Unverletzlichkeit) der Reichstagsabgeordneten hat das Reichsgericht kürzlich entschieden, daß die Verjährung eines vor dem Beginn der Sitzungsperiode begonnenen Strafverfahrens gegen ein Reichstagsmitglied nicht während der Sitzungsperiode ruht, wenn der Reichstag nicht die Aufhebung des Strafverfahrens für die Dauer der Sitzungsperiode verlangt hat. Die Urteilsgründe besagen: Aus den Verfassungsbestimmungen ergiebt sich, daß während der Sitzungsperiode, d. h. von der Eröffnung des Reichstags bis zu seiner Schließung kein Strafverfahren gegen ein Mitglied des Reichstags begonnen werden darf, die Fortsetzung eines solchen aber so lange zulässig ist, als der Reichstag nicht seine Aufhebung verlangt hat. Denn würde die Unzulässigkeit der Fortsetzung eines eingeleiteten Strafverfahrens schon mit dem Beginn der Sitzungsperiode von selbst eintreten, so würde es keinen Sinn haben, dem Reichstag die Befugnis zu geben, die Aufhebung des Strafverfahrens verlangen zu können.

Die Feier der Begründung des Deutschen Reiches ist überall unter Ausschluß des Volkes begangen worden. In Berlin wurde eine „Thronrede" verlesen, die nichts enthält, was Sozialdemokraten interessiert, und aus der wir nur folgende Stelle wiedergeben wollen:

„Freie Bahn für die Entfaltung der geistigen und materiellen Kräfte der Nation, Hebung des durch diese Entfaltung bedingten Wohlstandes. Herstellung einheitlichen Rechts, Sicherung unparteiischer, achtunggebietender Rechtspflege und Erziehung der Jugend zur Gottesfurcht und Treue gegen das Vaterland, das sind die Ziele, welche das Reich unablässig erstrebt hat."

Unsere Leser werden sich fragen, ob durch das sogenannte Umsturzgesetz eine „freie Bahn für die Entfaltung der geistigen und materiellen Kräfte der Nation" erzielt werden sollte. Ob durch die Auslegung des „Groben Unfug"-Paragraphen und des Eventualdolus die „Sicherung unparteiischer, achtunggebietender Rechtspflege" erzielt werden soll. Wenn dies der Fall ist, dann werden unsere Leser auch wissen, was der nun folgende Satz in der Thronrede zu bedeuten hat: [redacted]

„So wertvoll aber die bisher erreichten Erfolge auch sein mögen, nicht müde werden wollen wir bei der Fortsetzung des uns vorgezeichneten Weges."

Es bleibt also alles beim Alten. Wir haben auch nichts anderes erwartet.

Es ist jammerschade, daß sich die Auslieferungsverhandlungen Hammersteins in die Länge zogen, sonst wäre er noch rechtzeitig zu den Beratungen des Antrages Kanitz gekommen, dessen beredter Fürsprecher er im vergangenen Jahre im Reichstage noch war. Seine gleich ihm gar notleidenden Kollegen jubelten seinen Ausführungen zu. Der stenographische Bericht dieser Sitzung vom 29. März garniert seine Rede mit „Lebhafte Zustimmung; wiederholter lebhafter Beifall rechts" am Schlusse und außerdem im Text, der nur drei Spalten zählenden kurzen Rede 16 Mal mit „Bravo! rechts", „Lebhafte Zustimmung rechts", „Sehr richtig! rechts", „Lebhafter Beifall rechts", „Sehr gut! rechts". Mehr an zustimmendem Jubel kann ein Redner füglich nicht verlangen. Dann ging der Jubelredner heim und fälschte geschwind noch ein paar Wechsel.

Gegen die Novelle zum Genossenschaftsgesetz, welche dem Reichstag vorliegt, ist eine mit 61 600 Unterschriften bedeckte Petition von Mitgliedern von Konsum-Vereinen dem Reichstage zugegangen.

Ahlwardt geht Deutschland verloren. Wie als bestimmt berichtet wird, will er in Amerika eine Redakteurstelle annehmen. Um den Mann ist es schade; er paßte so gut hinein in das Konzert der Stöcker-Hammerstein-Kanitz-Stumm.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ Von den Gnadenerlassen aus Anlaß des Reichsjubiläums sind auch Parteigenossen betroffen worden, so Oertel in Nürnberg, Lipinski in Leipzig, Friedrich in Lübeck, Leven und Reuter in Gera, ein Redakteur in Nürnberg.

Parteinachrichten.

— Ein sozialdemokratischer Erfolg wird aus dem Reichslande gemeldet. Bei der Stichwahl zum Straßburger Bezirkstag von Unter-Elsaß siegte Genosse Böhle mit 2144 Stimmen über den Klerikalen Metz, der bloß 2019 Stimmen erhielt.

— Der Parteivorstand der französischen Sozialdemokratie hat dem Organisationsausschuß des Londoner internationalen Kongresses folgende Vorschläge für die Tagesordnung des Kongresses übermittelt: 1. Die Lage der Landwirtschaft in Europa und der Sozialismus. 2. Die gleichzeitige und allmähliche Verkürzung der Militärdienstzeit in Europa auf dem Wege einer internationalen Verständigung. 3. Die Konflikte zwischen Arbeit und Kapital; die Strikes und der Sozialismus. 4. Stellung der Arbeiter zur Kolonialpolitik.

— Solingen. Mit 42 gegen 32 Stimmen beschloß der rheinische Parteitag: der Reichstagsabgeordnete Schumacher ist unwürdig, ein Vertrauensamt in der sozialdemokratischen Partei zu bekleiden.

— Plötzlich in Haft genommen wurde bekanntlich während des Breslauer Parteitages der Redakteur Thielhorn vom Volkswillen in Hannover, und zwar wegen des Abdruckes der bekannten Liebknechtschen Eröffnungsrede. Nach dreiwöchentlicher Haft erst wurde Thielhorn auf Beschluß des Oberlandesgerichts in Celle wieder in Freiheit gesetzt. 9 Monate sind leidem verstrichen. Am Dienstag nun erhielt er von der königlichen Staatsanwaltschaft folgendes Schriftstück zugestellt: „In Gemäßheit des § 168 Absatz 2 der Strafprozeßordnung werden Sie hiedurch benachrichtigt, daß das gegen Sie veranlaßte Ermittelungsverfahren, in welchem am 10. Oktober 1895 Ihre gerichtliche Vernehmung stattgefunden hat, durch diesseitige Verfügung eingestellt worden ist."

Für die drei Wochen unschuldig erlittener Untersuchungshaft giebt es natürlich keine Entschädigung.

Soziale Uebersicht.

— **Einigkeit macht stark.** Was die Arbeiter durch Einigkeit zu erreichen vermögen, zeigt die Lohnbewegung der schweizerischen Eisenbahnangestellten. Nachdem die Gotthardbahn die Forderung ihrer Angestellten bewilligte, hat auch der Verwaltungsrat der vereinigten Schweizer Bahnen nach eingehender Beratung über die Lohnbewegung im Budget pro 1896 um 150 000 Francs mehr für die Erhöhung des Einkommens der festbesoldeten Beamten und um 40 000 Franks mehr für Nebenausgaben und Neuanstellungen als im Budget des Vorjahres vorgesehen, sowie für Taglöhne um 40 000 Franks mehr eingestellt.

Zur Arbeiterbewegung.

— Lemberg (Galizien). Am 3. Februar treten die hiesigen Schriftsetzer in einen Streik ein, da ihnen die geforderte Lohnerhöhung nicht bewilligt worden ist.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S. 18 Januar 1896.

* **62 000 M.** sind sofort für Errichtung eines Kaiser Wilhelm-Denkmals in unserer Stadt gezeichnet worden. Einige Industrielle haben ziemlich tief — in ihre Tasche? nein, in die Taschen ihrer Arbeiter gegriffen, um ihren Patriotismus leuchten zu lassen. Es ist nur ein Teil des Mehrwerts, den die Arbeiter durch ihrer Hände Fleiß erworben, der aber von den Kapitalisten ihnen nicht ausgezahlt worden ist, mit dem die Herren Unternehmer jetzt als Zeichner für den Denkmalfonds poradieren. 3000 Mark werden gezeichnet, und bei erster bester Gelegenheit wird durch eine Lohndrückung in kurzer Zeit das Doppelte aus den Arbeitern wieder herausgepreßt. Es ist somit nicht allzu schwer, als Unternehmer sein königstreues Licht leuchten zu lassen. Dieselben Herren, die bei dieser Gelegenheit so freigebig sind, schicken vielleicht morgen einen alten Arbeiter fort, weil er nicht mehr „leistungsfähig" genug ist, nachdem er für das Unternehmertum das Mark seiner Knochen geopfert hat. Das läßt sich mit dem praktischen Christentum und der unwandelbaren Königstreue recht wohl vereinigen. Wie die Kunst, die „Barmherzigkeit" und die Humanität, so ist dem Kapitalismus auch der Patriotismus längst nur zum einträglichen Geschäft geworden. Vielleicht läßt sich bei passender Gelegenheit auch ein Piepmätzchen ins Knopfloch nieder — o Königin, die Welt ist doch schön! [redacted]

* **Wir ersuchen alle Arbeiter,** uns diejenigen Fabriken und Werkstätten bekannt zu geben, in denen vorigen Sonnabend des Jubiläums wegen die Arbeit zum Teil ausgesetzt wurde, ohne daß bei der Lohnzahlung eine Entschädigung für die verloren gegangene Arbeitszeit und vom Kapital erzwungene Arbeitsruhe gezahlt wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218960122-14/fragment/page=0002

* **Aus der geheimen Stadtverordneten-Sitzung** von gestern ist zu berichten, daß dem Magistrat Ermächtigung erteilt wurde, gegen den Apotheker Dunkel betreffs Aufstellung einer Uhr auf seinem neuerbauten Grundstücke klagbar zu werden, wenn eine gütliche Einigung nicht zu erreichen ist. Das Grundstück war bekanntlich früher das Rathaus der Neumarktgemeinde und beim Verkaufe wurde das Besitzrecht an der Uhr für alle Zeiten der Stadt erhalten. Bei Besprechung der Angelegenheit wurde die Vermehrung der öffentlichen Uhren angeregt, welchem Wunsche sich Genosse Albrecht anschloß. Zu einer regen Diskussion kam es bei Besprechung der Petition, den städtischen Beamten Nebenbeschäftigungen gegen Entgelt zu gestatten. Gen. Krüger wies hin auf das Gelehrtenproletariat, dem durch die Zulassung der Nebenbeschäftigung von Beamten das Brot weggenommen würde; wenn es notwendig sei, solle man lieber die Gehälter der Beamten aufbessern. Ebenso sprach sich Gen. Albrecht gegen die vorliegende Kommissionsvorlage aus. Wie die Gegner zu der Sache stehen, dafür nur als Beispiel, daß Herr Kommerzienrat Bethcke meinte, die Leute würden eher vom Trinken in der freien Zeit krank, als vom Arbeiten. Auch Herr Stadtrat v. Holly vertrat eifrig das Prinzip des freien Spiels der wirtschaftlichen Kräfte. Wie nach der Zusammensetzung der Körperschaft zu ermessen war, so fiel auch der Beschluß aus; die Beamten dürfen nach wie vor den freien Arbeitern Konkurrenz machen. Im weitern Verlaufe der Sitzung wurde dann noch ein Armenvorsteher gewählt und dieselbe nach Vertagung zweier Punkte um 8 Uhr der vorgerückten Zeit halber geschlossen.

* **Eine Schneider- und Schneiderinnen-Versammlung** fand gestern abend wieder im „Rosenthal" statt. Erfreulich war es, daß sich namentlich viele Schneiderinnen an der Versammlung beteiligten und reges Interesse zeigten an der bevorstehenden Lohnbewegung. Das Gelingen derselben am Orte wird namentlich davon abhängen, ob die über 300 Konfektionsarbeiter der Firma Sernau Kraft genug zeigen werden, dem Vampyr Kapitalismus und der unerträglichen Ausbeutung die Stirn zu bieten. Da bis zum Schluß der Redaktion noch kein näherer Bericht über den Verlauf der gestrigen Versammlung eingegangen ist, können wir denselben erst morgen veröffentlichen.

* **Ordensauszeichnungen** sind am Sonnabend in verhältnismäßig großer Anzahl nach der Provinz Sachsen geflogen. Sie erhielten der Oberstaatsanwalt Heder in Naumburg und der Ober-Landesgerichts-Präsident Dr. Werner daselbst den roten Adler 2. Kl. der Geh. Baurat Becker in Merseburg, der Gymnasial-Direktor Dr. Dihle in Quedlinburg, der Oberlandesgerichtsrat v. Klocke in Naumburg und Oberst Boysen vom 36. Reg. den roten Adler 3. Kl., Justizrat Bennecke in Naumburg, Landgerichts-Direktor Crönert in Halle, Landgerichts-Direktor Sperling in Halle, Superintendent Dr. Förster in Halle, Baurat Höffgen in Merseburg, Hauptmann Jäger vom 36. Reg., Gerichtsdirektor Klingholz in Merseburg, Steuerrat Mathieu in Naumburg, Postdirektor Schmidt in Eisleben, Kanzleirat Seitz in Naumburg und Major v. Wussow in Weißenfels den roten Adler 4. Kl., General-Major v. Sielhorst in Naumburg den Kronenorden 2. Klasse und der Kaufmann Markendorf in Freyburg den Kronenorden 4. Klasse. Auch das Allgem. Ehrenzeichen ist in mehreren Exemplaren nach der Provinz Sachsen gefallen. Sag' Liebchen, was willst Du noch mehr? Viele Kopfschmerzen sind also gestillt worden, doch mehr noch giebt es zu stillen. Nun, die nächste Gelegenheit, bei welcher der fruchtbare Regen aufs neue sich ergießt, ist ja nur noch einige Tage entfernt.

* **Aus dem Bureau des Stadttheaters.** Der berühmte Hofopernsänger Georg Anthes vom königlichen Hoftheater in Dresden beginnt Donnerstag ein kurzes Gastspiel als Lohengrin in R. Wagners gleichnamiger Oper. Herr Anthes hat sich durch seine mustergültige Mitwirkung an den Wagner-Aufführungen in Bayreuth einen großen Namen gemacht und ist zur Zeit den besten Wagnersängern wie Schott, Vogl u. s. w. zum mindesten an die Seite zu stellen. Man muß der rührigen Direktion des Stadttheaters dankbar sein, uns auch mit diesem interessanten Gast, der bisher Halle noch nicht besucht hat, bekannt zu machen. Morgen Mittwoch findet eine Aufführung des „Fidelio" statt, zu welcher Schülerbillets Giltigkeit haben.

* **Der Eisgang** ist gestern auf der Saale ohne Gefahr von statten gegangen.

* **Einen Bruch des Oberschenkels** zog sich das zweijährige Söhnchen des Arbeiters Schönefeld in Giebichenstein zu, als das Kindchen vom Nachtgeschirr fiel.

* **Erhängt** aufgefunden wurde in der Haide der 72jährige Almosenempfänger Blume, dessen Verschwinden seit vierzehn Tagen gemeldet worden war. Nach der Ursache zu fragen, die einen 72jährigen Proletarier in den Tod getrieben haben mag, ist überflüssig. Wie man uns mitteilt, war die Hoffnung Blumes, Altersrente zu empfangen, aussichtslos, da er nicht genug Marken hatte kleben können.

* **Beim Schlittschuhlaufen** hat der 14jährige Sohn des Bodenmeisters Ohme das rechte Bein gebrochen.

* **Die Turnhalle** am Rolplatz ist gestern von der Witwe Thurm für 1660 M. Jahrespacht wieder erstanden worden. Bis zu 1200 M. beteiligten sich mehrere Bieter, dann begann das Duell unter zweien.

* **Für Mieter wichtig** ist eine Entscheidung des Kammergerichts. Es war der Mietsertrag eines Hauses vom Gericht zur Deckung entstandener Kosten mit Arrest belegt worden. Der eine Mieter lehnte die Zahlung ab, da er bereits am 15. Juni die Miete für das dritte Quartal Juli September bezahlt habe. Das Kammergericht hat ihn aber zur nochmaligen Zahlung des vollen Betrags verurteilt, da ein Mieter weder verpflichtet noch berechtigt sei, die Miete vorzeitig zu bezahlen.

* **Die Militärpflichtigen,** denen jetzt die Anmeldung zur Stammrolle obliegt, seien darauf aufmerksam gemacht, daß zur Bekundung ihrer Geburt ein Taufschein nicht erforderlich ist, sondern daß die standesamtliche Bekundung genügt.

Eisleben. Hier ist in der Nacht zum Sonntag ein Einbruch ins Kassenzimmer des Amtsgerichts versucht worden.

Magdeburg. Das hiesige Landgericht hatte Ende August nach dreitägiger Verhandlung die Anarchisten Leitenroth u. Gben. von der Anklage freigesprochen, an einer geheimen Verbindung sich beteiligt zu haben. Das Reichsgericht hat gestern die vom Staatsanwalt gegen die Freisprechung eingelegte Revision verworfen.

Nordhausen. Zu Tode gemißhandelt. Bei der gerichtlichen Untersuchung der Leiche der kürzlich in Berneterode verstorbenen Frau des Zimmermanns Kohl wurden am Körper Spuren roher Mißhandlung und im Magen Giftstoffe gefunden. Der 12jährige Sohn der Frau hat ausgesagt, daß der Vater die wimmernde Mutter in ihrer Sterbenacht gegen die Wand geworfen hat. Der Mann ist wegen dringenden Verdachts, den Tod seiner Frau durch Mißhandlung derselben herbeigeführt zu haben, in Hötensleben verhaftet worden.

Kleine Provinzial-Chronik. Von den Rädern eines Rangierzuges wurde auf Bahnhof Grizehne bei Kalbe der Arbeiter Hesse erfaßt. — Von einem leeren Lastwagen überfahren und sehr bedenklich verletzt wurden in Wittenberg die Frau des Webers Jentzsch, die sich guter Hoffnung befand und die Witwe des Predigers Erhard. — In Erfurt wurden am Sonnabend 38 Gefangene anläßlich des allgemeinen Straferlasses aus dem Gefängnis entlassen. — In Klötze bei Gardelegen wurden dem Uhrmacher Rasch durch Einbruch 60 goldene und mehrere silberne Uhren gestohlen. — In Schleusingen ist am Sonntag früh die Gerberei von Malz zum guten Teile niedergebrannt nebst vielen Vorräten an Lohe und Heu. — Der Brustkasten wurde auf Bahnhof Pretzsch a. d. Elbe dem Maschinenputzer Kühne durch eine Maschine eingedrückt, sodaß der Tod sofort eintrat.

Stadtverordneten-Sitzung

vom 20. Januar.

Vorsitzender: Stadtv.-Vorsteher Dittenberger.

Vom Magistrat sind wesentlichere neue Vorlagen, außer der Ausbietung zum Verkauf der zwei städtischen Grundstücke: des Arbeitshauses an der Steinstraße und der alten Volksschule an der Poststraße, nicht zugegangen.

Eingegangen sind außerdem Einladungen zur Teilnahme an den Königsgeburtstagsfeiern des städtischen Gymnasiums und der Universität.

Wiedervorgelegt wurden: Die Eingabe des 1. Kommunalen Wahlbezirksvereins wegen Aufstellung eines Pissoirs am neuen Postgebäude an der Steinstraße — diese wurde auf einige Wochen zurückgelegt, weil vom Magistratstische aus mitgeteilt wurde, daß der Magistrat diesem Gesuche bereits näher getreten sei; ferner die mehrmals zurückgelegte Petition, betreffend Regelung der Gehaltsverhältnisse der Elementarlehrer an den städtischen Elementarschulen und diejenige der Subalternbeamten des Magistrats; diese beiden Petitionen wurden der Finanz-Kommission zugewiesen.

Hierauf folgte die Verlesung und Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung, wonach zur Beratung der Tagesordnung geschritten wurde. Diese umfaßt 12 Punkte, von denen fünf in die geschlossene Sitzung verlegt waren. Die Punkte 2 und 4 fallen aus.

1. Punkt: **Abbruch des städtischen Hauses Friedrichstraße 58** und Herstellung einer Einfriedigung. Referent Stadtv. Schulze stellt namens der Baukommission den gleichen Antrag, wie vor 8 Tagen: an den Magistrat das Ersuchen um eine Vorlage über die beabsichtigte Verwendung des Grundstücks zu richten und im oberen Stockwerk eine Wohnung für einen Hausmann einrichten zu lassen. — Stadtv. Sachs widerspricht im Namen der Finanzkommission diesem Antrag und empfiehlt den Abbruch der „eleganten Villa" sowie die Errichtung eines guten Zaunes. — Stadtv. Heiser tritt wieder für seinen Antrag ein auf Bewilligung von nur 200 Mark für einen einfachen Zaun, im Gegensatz zum Magistratsantrage, nach welchem 460 Mark verlangt werden. — Die Versammlung stimmt für den Heiserschen Antrag und sodann für den Abbruch des Hauses.

3. Punkt: **Wahl zweier Mitglieder zur Grundsteuer-Veranlagungs-Kommission.** Ref. Stadtv. Demuth. An Stelle der Herren Zimmermeister Thiemann und Maurermeister Schönemann werden auf Vorschlag des Referenten gewählt die Herren Zimmermeister Gericke-Turmstraße und Bauer-Liebenauerstraße.

5. Punkt: Bericht der gemischten Kommission zur **Abstellung der Mängel bei der Steuererhebung.** Der Referent Stadtv. Stechert tritt für die in der Magistratsvorlage wiedergegebenen Beschlüsse dieser Kommission ein, da das seit einem Vierteljahr eingeführte Verfahren der Steuerbeitreibung durch Steuererheber sich sehr gut bewährt habe. Es sei dadurch eine Vereinfachung im Geschäftsbetriebe der Steuerkasse herbeigeführt. Die Steuerabführungen werden mit größter Sicherheit festgestellt, so daß eventuelle irrtümliche Aufforderungen zu doppelten Zahlungen vermieden würden. Sodann werden im Laufe des Geschäftsjahres jetzt nur ca. 13000 Steuerposten zur Mahnung gelangen, während früher 55000 Mahnungen erfolgten. Der Ausfall an Kosten für das Mahnverfahren werde rund 10000 M. betragen. Nach dem neuen Verfahren würden nur 5000 M. seitens der Steuerpflichtigen zur Verausgabung gelangen. Um die bislang mehr verausgabte Summe von ca. 10000 M. würden die meist den weniger bemittelten Ständen angehörigen Steuerpflichtigen entlastet werden. Der von der Kommission am 14. Januar cr. gefaßte Beschluß lautet:

1. Für das laufende Vierteljahr wird die Beibehaltung des bisherigen (neuen) Verfahrens empfohlen, d. h. es kann eine direkte Zahlung der Steuern in der Steuerkasse nur in der ersten Hälfte des zweiten Monats des Vierteljahrs von denjenigen Pflichtigen erfolgen, welche den Wunsch einer solchen Zahlungsweise schriftlich und innerhalb der gestellten Frist dem Magistrat entweder bereits im vorigen Quartal mitgeteilt haben, oder auf eine vom Magistrat sofort zu erlassende neue Bekanntmachung hin mitteilen werden.

Alle übrigen Pflichtigen dürfen **nur** an die Steuererheber zahlen und haben daher, falls sie von letzteren bei wiederholten Besuchen innerhalb der vorgenannten Hebefrist nicht angetroffen sind und das nach diesen Besuchen eintretende Mahnverfahren vermeiden wollen, die Steuern an die Erheber während deren täglicher Anwesenheit in der Steuerkasse und deren Zubehör nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr abzuführen.

Dies Verhältnis soll unter möglichster Verbreitung zur Kenntnis der Bürgerschaft gebracht werden.

2. Für die weitere Behandlung der Angelegenheit im nächsten Etatsjahr wünscht die Kommission noch mehr Erfahrungen zu sammeln und behält sich daher so lange ihren Beschluß vor, bis über die Ergebnisse des laufenden Vierteljahres vom Magistrat Bericht erstattet sein wird.

Stadtv. Pfaul wendet sich gegen den in der Vorlage ausgesprochenen Zwang zur Zahlung an die Steuererheber. Die ganze Einrichtung scheine ihm nur auf die Bequemlichkeit der Beamten und der lässigen Zahler zugeschnitten zu sein. Gegenüber der arbeitenden Bevölkerung ist nicht die geringste Rücksicht genommen. Ich habe Gelegenheit gehabt zu beobachten, daß Arbeiterkinder, welche infolge Behinderung ihrer Eltern, die keine Zeit hatten, dem Steuererheber nachzugehen oder ihn aufzusuchen, Steuerbeträge abliefern wollten, an der Kasse abgewiesen wurden, nachdem der betreffende Beamte mehr Zeit darauf verwendet hatte, in den Registern nachzusehen, ob betreffende Steuerpflichtige für die direkte Zahlung eingetragen oder nicht, als er dazu gebraucht haben würde, den Betrag in Empfang zu nehmen und zu buchen. — Stadtv. v. Holly tritt für das neue Verfahren ein, obgleich er zugiebt, daß seitens der neuen Beamten, welche zwar zuverlässige Polizeibeamte waren, denen aber noch die Erfahrungen im Umgang mit den Steuerzahlern mangeln, die die älteren Beamten besitzen, noch mit einer gewissen Schärfe verfahren wird. Die neuen Beamten würden sich durch längeren Verkehr mit den Steuerzahlern die erforderlichen Eigenschaften aneignen. Redner führt des längeren die Vorzüge des neuen Systems aus und meint, das Streben könne nur dahin gerichtet sein, das System der Steuerabführung vermittelst der Steuererheber allgemein zum Durchbruch zu bringen. Was sollte dagegen werden, wenn die Hälfte der Steuerpflichtigen sich zur direkten Steuerzahlung melden würde. Es würden alsdann zwei ganz verschiedene Systeme nebeneinander bestehen und die Steuererheber würden sogar zeitweise gar nichts zu thun haben. Das neu eingeführte System stelle sich übrigens als ein billigeres heraus. — Stadtv. Heiser führt das von ihm schon früher empfohlene Berliner System an und bedauert, daß der Magistrat, der sonst mit Vorliebe sich auf die Erfahrungen anderer Städte berufe, in diesem Falle nicht auch von Berlin aus sich habe informieren lassen. — Stadtv. Pfaul beharrt bei seiner Auffassung. Daß den eigenen Auslassungen des Magistrats gemäß neben dem Institut der Erhebung auch die Freiheit der direkten Zahlung gewährt sei. Würde das vorauszusehen gewesen sein, was heute der Stadtrat von Holly voraussetzte: daß lediglich die Erhebung durchgeführt werden müßte, so würde die Versammlung der damaligen Vorlage nicht zugestimmt haben. — Stadtv. Bethcke tritt für den Magistratsantrag ein und wendet sich in verweisender Art gegen einzelne Ausführungen des Stadtv. Pfaul. Dieser erklärt: Es sei nicht das erstemal, daß sich beider Meinungen gegenüberstehen. Er habe den betreffenden Beamten nicht den Vorwurf gemacht, ihre Pflicht erfüllt zu haben, sondern lediglich feststellen wollen, daß die Beamten mehr Zeit auf das bereits erwähnte Suchen in den Listen, als auf die Erledigung des Steuerabfertigungsgeschäftes zu verwenden hätten. Auch Herrn Betcke gegenüber wahre er sein Recht der freien Meinungsäußerung und werde er sich durch ihn nicht behindern lassen. Uebelstände aufzudecken resp. zu rügen. — Stadtv. Bethcke entgegnet, den Redner mißverstanden zu haben und giebt demselben zufriedenstellende Erklärungen. Nachdem der Referent nochmals für die Vorlage eingetreten, nimmt die Versammlung dieselbe mit sehr großer Majorität an.

6. Punkt: **Die Entlastung der Rechnung der Heinrich Christian Ferdinand Schmidt-Stiftung** für 19. November 1891 bis ultimo März 1895 erfolgt. Dieselbe weist auf: in Einnahme 30.558.07 M., in Ausgabe 29.967.95 M., somit Bestand 590.12 M. Ref. Stadtv. Apelt.

7. Punkt: **Entlastung der Rechnung,** betreffend die **Kasse der Arbeitsanstalt der Volksschule** für 1894.95. Dieselbe ergiebt in Einnahme 2873.10 M., in Ausgabe 1953.02 M., an Bestand 920.08 M. Sie weist ein Vermögen von ca. 12.000 M. uf. Die Entlastung erfolgt. Ref. Stadtv. Sachs.

Versammlungsberichte.

† Am 18. d. M. tagte im Händelpark der Verein der Tischler von Halle u. Umgeg. Zuerst sprach Genosse Albrecht über das Gründungsjubiläum des Deutschen Reichs und über Arbeiter. Redner führte folgendes aus: Wie Sie wissen, findet heute wieder ein patriotisches Fest statt. Man wird dieselben nun bald gewöhnt werden, denn eins jagt das andere. Vor einigen Monden fand gleichfalls ein 25jähriges Jubiläumsfest statt; besser wäre gewesen, man hätte das heutige gleich mit dem Sedanfest verbunden. Das deutsche Volk scheint darnach nicht an schlechten Zeiten zu leiden. Es giebt Leute, die Grund haben, solche Feste zu feiern, z. B. die Bourgeoisie und die höheren Beamten, denn diese haben allein den Vorteil davon; die große Masse der Mitläufer feiert mit, um ihre Existenz zu sichern; im Innern denken sie anders. Aber ganz anders ist es mit den Arbeitern. Warum ist das Deutsche Reich gegründet worden? Durch die Uneinigkeit, hervorgerufen durch die beiden vorhergegangenen Kriege von 1864 und 1866 und die Annexion mehrerer Staaten fühlte sich Bismarck veranlaßt, den Krieg 1870 einzuleiten, in dessen Verlauf dann am 18. Januar 1871 im Schlosse zu Versailles dem König Wilhelm die Kaiserkrone von Deutschland aufgesetzt wurde. Schon 1848 wurde dem König Friedrich Wilhelm VI. die Kaiserkrone angeboten. Er lehnte dieselbe mit dem Bemerken, sie trage den Ludergeruch der Revolution an sich und sei ein Reif aus Dreck und Letten gebacken, ab. Wenn sich nun das Volk fragt, was es von der Gründung des deutschen Reiches hat, so ist es allbekannte Thatsache, daß es immer noch des mühevollen Schweißes und Fleißes des arbeitenden Volkes bedarf, um das Deutsche Reich zu erhalten. Von den Gegnern wird auf die Versicherungsgesetze hingewiesen doch muß der Arbeiter doppelt und dreifach die Beiträge aufbringen. Der Unternehmer rechnet bei jeder Arbeit sämtliche Beiträge, welche er zu zahlen hat, mit ein, und wenn das Jahr um ist, so hat er keinen Pfennig von seinem Verdienst abgegeben; der Arbeiter dagegen muß zehn Steuer und Abgaben von dem sauer verdienten, ihm notdürftig zugemessenen Lohn zahlen. Früher waren die Versicherungen insofern besser, als der Arbeitgeber bei Mangel an Arbeit den Arbeiter noch beschäftigte, er brauchte ihn nicht zu versichern. Heute dagegen, wenn die Arbeit fertig ist, heißt es: „ich kann Dich nicht mehr beschäftigen". Referent kam dann auf das Schandgesetz gegen die Sozialdemokratie und seine Folgen zu sprechen. Die Sozialdemokratie vermehrt sich unter den heutigen Verhältnissen rapid, aber trotzdem noch zu langsam. Es ist hohe Zeit, daß sich das arbeitende Volk ermannt, um endlich einmal wenigstens den Achtstundentag und ein vernünftiges Produktionssystem herbeizuführen. Hierauf schloß Redner seinen dem Tage entsprechenden und von der Versammlung aufmerksam verfolgten Vortrag, an den sich eine rege Diskussion schloß. Im Schlußwort führte Referent noch aus, wie es nur noch möglich sei, daß so viele Arbeiter mit Gleichgiltigkeit den Organisationen fernstehe und dabei vom Kapital sich immer mehr die Ketten schmieden lasse, an die sie ge unden werden. Redner bedauert sehr, daß die Dummheit nicht wehe thut, sonst wäre es längst anders. Ferner kam noch zur Sprache, daß der Magistrat statt der Einladung zur Besprechung über ein zu errichtendes Kaiser Wilhelmdenkmal besser gethan hätte, eine Besprechung über Gründung eines Asyls für Obdachlose anzuberaumen. Das hätte viele Thränen getrocknet. Nachdem Kollege Bayold die Anwesenden ermahnt hatte, die ausgegebenen Fragebogen recht gewissenhaft auszufüllen, fand die Erledigung des Fragekasten statt. Hierauf erfolgte nach 12 Uhr Schluß der würdig verlaufenen Versammlung.

Aus dem Gerichtssaal.

Halle, 20. Januar. (Schwurgericht.) In heutiger Sitzung wurde gegen den 25jährigen Schafknecht Gustav Franz Bau aus Ostrau verhandelt, der wegen Hausfriedensbruchs mit einer Woche Gefängnis und wegen Sachbeschädigung, Unfugs, ruhestörenden Lärms und Feldpolizeikontravention mit kleineren Geldstrafen vorbestraft ist. Er wurde der gewaltsamen Vornahme unzüchtiger Handlungen an einer Frauensperson und der versuchten Notzucht (Verbrechen gegen § 176 Abs. 1 und § 177 des Str.-G.-B.) beschuldigt. Da es sich um Sittlichkeitsverbrechen handelte, wurde die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Verübt wurde jene That in der Nacht zum 14. Oktober auf dem Wege von Werben nach Ostrau an einem unbescholtenen 20jährigen Dienstmädchen, mit welchem der Angeklagte vorher in Werben getanzt hatte. Das belästigte Mädchen wehrte sich energisch gegen den Angeklagten und zerkratzte ihm das Gesicht. Die Hilferufe hat man in Ostrau gehört. Eine Frau erwachte aus dem Schlafe und erstattete dem Gendarm Anzeige, worauf der Thäter bald ermittelt und in Untersuchungshaft gebracht wurde. Nach dem Spruche der Geschworenen wurde der Angeklagte nur der versuchten Notzucht unter Annahme mildernder Umstände für schuldig befunden und zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte 9 Monate beantragt.

Aus dem Reiche.

Berlin. Merkwürdige Begriffe von Schicklichkeit legte am Mittwoch der frühere Polizeileutnant v. Haacke vor Gericht an den Tag. Der Polizeileutnant war von seiner Behörde aus dem Dienst entlassen und dann bei der Verlagshandlung Paul Kittel als Abonnentensammler angestellt worden, wo er jedoch auch entlassen wurde. Später erbat eine andere Firma bei der vorerwähnten Verlagshandlung eine Auskunft über von Haacke und nun soll der Buchhalter eine ungünstige Auskunft über ihn gegeben haben, von welcher v. H. Kenntnis erhielt, der sich dadurch beleidigt fühlte und Privatklage anstrengte. Als nun der Verteidiger des beklagten Buchhalters, Rechtsanwalt Dr. M. Flatow, vor der Schöffenabteilung im Zimmer 24 den Beweis der Wahrheit anbot, geriet der Kläger in furchtbare Wut, er schrie den Verteidiger an: „Schurke, Schuft, ich schlage Dich nieder!" Mit Rücksicht auf die Erregung des Klägers wurde eine andere Sache vorgenommen und die Verhandlung für einige Zeit ausgesetzt. Als um 1½ Uhr die Verhandlung fortgesetzt werden sollte, stürmte v. H. mit geballten Fäusten auf den Verteidiger zu, weshalb der Richter ihn nicht zu Haftstrafe sondern milde zu 30 M. Geldstrafe verurteilte. Bei der Verkündung dieses Urteils verfiel der Kläger in Wutkrämpfe, er stürzte zu Boden und erfüllte mit seinem Geheul das ganze Haus. Die sämtlichen Vorgänge wurden protokolliert und nun wird ein Strafverfahren gegen den früheren Polizeileutnant v. Haacke eingeleitet werden. — Beschlagnahmt wurde die am Freitag erschienene Nr. 3 des Sozialist; gefunden wurden 20 Exemplare. Die Beschlagnahme erfolgte wegen der Artikels zum 18. Januar und Obdachlos — Arbeitslos. — Ein Jugendbild. Dieser Tage wurde ein 13jähriges Mädchen als Zeugin vernommen, die schon seit 7 Jahren unter sittenpolizeilicher Kontrolle steht. Daß Mäd-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218960122-14/fragment/page=0003

chen von 13 und 14 Jahren sich der Kontrolle zu unterwerfen haben, kommt nicht allzu selten vor. Wie mag das Familienleben dieser armen Wesen ausgesehen haben? — Die Zahl der in Berlin wohnenden Rechtsanwälte beträgt 664.

Köln. In Erfurt wurde der Oberseuerwerker Nürnberg von der Siegburger Gewehrfabrik verhaftet unter dem Verdachte, militärische Zeichnungen verkauft zu haben.

Mannheim. Ein Frommer. Der Pfarrer Einwächter aus Huffenhardt wurde wegen Unterschlagung von 37 000 M. Kirchengeldern zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt.

Nienburg a. W. Aus Furcht vor dem Arbeitshause hat sich ein Strafgefangener hierselbst erhängt. Der Mann sollte nach Verbüßung einer sechswöchigen Haft laut Urteil nach Moringen ins Arbeitshaus gebracht werden. Er war Tischler von Profession. Wahrscheinlich kannte der Mann die „Musteranstalten" bereits.

Gießen. Geborstene Ordnungsstütze. Die Strafkammer verurteilte den Bürgermeister, Ortsgerichtsvorsteher und Standesbeamten Scheerer von Riddingshausen wegen versuchter Verleitung zum Meineid in acht Fällen zu 6 Jahren und 1 Monat Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren. Die Staatsanwaltschaft hatte 8½ Jahre Zuchthaus beantragt.

Regensburg. Zwischen Soldaten des 11. Infanterieregiments kam es nach dem Reg. Anz. heute nacht in einem Schlafzimmer der Kaserne wegen einer Frauensperson zu einer Schlägerei, wobei ein Soldat lebensgefährlich verletzt wurde.

München. Die Verurteilten von Fuchsmühl sind bis auf zwei Hauptbeteiligte begnadigt worden. — Nunmehr bleiben sie aber doch!

Dortmund. In dem benachbarten Orte Eving wurden beim Ausgraben von Runkelrüben aus einer Grube zwei Dienstboten durch nachstürzende Runkelrüben verschüttet und getötet.

Blankenburg i. Harz. Im Oberharz ist großer Schneefall mit Schneetreiben eingetreten. Stellenweise liegt der Schnee meterhoch. Der Verkehr ist vielfach gestört. Der Eisenbahnverkehr Güntersberge-Hasselfelde ist eingestellt.

Jechtingen (Baden). Am Donnerstag ertranken beim Uebersetzen über den Rhein nach der Elsässer Seite infolge Umschlagens des Kahnes fünf Personen.

Vermischtes.

* **Ein echter Philister.** Ein Zwischenfall, der sich bei der Beerdigung des Sozialisten Alves ereignete, erregt in Paris großes Aufsehen. Eine Deputation des Bureaus der Kammer wohnte der Feier bei, darunter der frühere Minister Poincarre. Dieser weigerte sich nun, die Zipfel des Bahrtuches, das den Sarg bedeckte, zu tragen, da dasselbe rot war.

* **Eine Meuterei** entstand in einer Kaserne in Kopenhagen. Mehrere Offiziere wurden von Soldaten überfallen und durch Messerstiche verwundet. Fünf von den Rädelsführern wurden verhaftet.

* **Theaterbrand.** Während einer Tages-Vorstellung im Volkstheater in Petersburg entstand gestern nachmittag ein Brand, wobei das ganze Theater total niederbrannte. Bis 11 Uhr abends war die Auffindung von 49 Leichen gemeldet worden.

* **Nach Kamerun.** Wie die Voss. Ztg. erfährt, soll Prinz Leopold, der Schwager des deutschen Kaisers, nebst Gattin nach Kamerun reisen wollen. Diese Mitteilung paßt schlecht zu den Beschwichtigungsversuchen, die noch vorgestern angestrengt wurden und die es überhaupt zu bestreiten suchten, daß ein Zw ist zwischen Wilhelm II. und seinem Schwager stattgefunden habe.

Alle in Giebichenstein wohnenden Genossen

werden hierdurch daran erinnert, daß es Pflicht jedes Wahlberechtigten ist, Einsicht in die bis 30. Januar ausliegenden Wählerlisten zu nehmen bezw. durch einen Beauftragten nehmen zu lassen.

Adressen zum Nachsehen in der Liste werden angenommen von

Georg **Gerig**, Eichendorffstraße 25,
Wilhelm **Osterburg**, Trifftstraße 18.

Das Wahlkomitee.

Quittung.

Bei einer Hochzeit gesammelt nicht zum Denkmal sondern für Parteizwecke 1,90 M.

Briefkasten der Redaktion.

X. 100. 1) Exmission bedeutet gerichtliche Vertreibung aus einem Besitze, insbesondere aus einer Wohnung; exmittieren — aus der Wohnung setzen. 2) Dazu ist die Ehefrau nicht verpflichtet. Erfolgt eine Pfändung, so muß sie sofort auf dem Amtsgericht die Sachen als ihr Eigentum reklamieren. 3) Bei diesem Einkommen ist eine Lohnbeschlagnahme unstatthaft.

L. K. Sie können sofort klagen, sobald der Betrag fällig war. Es bedarf weder der vorherigen Mahnung noch der Zusendung eines Zahlungsbefehls. Erwarten Sie, daß der Schuldner Einspruch gegen den Zahlungsbefehl erhebt, so ist zu empfehlen, sofort die Klage anzustrengen, da sonst nur Zeit versäumt wird. Erhebt dagegen der Schuldner keinen Widerspruch gegen den Zahlungsbefehl, so kann nach 14 Tagen die Forderung zwangsweise beigetrieben werden.

Invalidenkarte. Sie sind unvorsichtig gewesen. Die Karte mußte Ihnen sofort ausgehändigt werden. Schreiben Sie an das dortige Polizeiamt unter Angabe der genauen Adresse Ihres letzten Arbeitgebers.

M. 100. Wenden Sie sich lieber an einen Rechtsanwalt, damit kein Formfehler unterläuft. Wenn keine Gütergemeinschaft besteht, haftet die Frau nicht.

Standesamtliche Nachrichten

Halle, den 19. Januar.

Aufgeboten: Der Bahnarbeiter William Weyland und Klara Lobenstein (Mühlgasse 6). Der Kaufmann Wilhelm Buße und Ida Erfurt (Leipzig u. Thomasiusstraße 17). Der Zimmermann Paul Wentzke und Margarethe Hertzberg (Giebichenstein). Der Bauchtechniker Emil Schulze und Auguste Weber (Gera und Augustastraße 16).

Eheschließung: Der Handarbeiter Friedrich Vopel und Helene Haacke (Taubenstraße 5).

Geboren: Dem Handarbeiter Alexander Zborowski eine T., Anna Elisabeth (Feldstraße 2). Dem Bahnarbeiter Karl Weißner eine T., Anna Frieda Olga (Schweitzerstraße 22). Dem Handarbeiter Franz Feldmann ein S., Julius Franz (Glaucharstraße 41). Dem Institutsdiener Wilhelm Göricke eine T., Wilhelmine Frieda (Magdeburgerstraße 21). Dem Handarbeiter Karl Gräfe ein S., Friedrich Karl Hermann (Lilienstraße 2). Dem Handarbeiter Gustav Gäbler eine T., Anna Lydia (Lerchenfeldstraße 11). Dem Brauer Gustav Glaser ein S., Walther Gustav (Schweitzerstraße 9). Dem Restaurateur Franz Schelenz eine T., Agnes Margarethe (Rannischestraße 4). Dem Hausdiener Hugo Treff eine T., Alwine Marie Henriette (Pfännerhöhe 46). Dem Handarbeiter Heinrich Tetzner ein S., Heinrich Paul (Thorstraße 37). Dem Bahnarbeiter Hermann Grodriaß eine T., Hedwig Martha (Dryandersstraße 26). Dem Maler Franz Geidel ein S., Arthur (Wörmlitzerstraße 104). Dem Aufseherkranz-Ober-Inspektor Michael Bornschlegel eine T., Anna Klara Charlotte Emma (Marienstraße 28). Dem Dienstmann Albert Hoffmann eine T., Emma Helene (Streiberstraße 11). Dem Goldarbeiter Hermann Walter ein S., Hans Richard (Geisstraße 67). Dem Fabrikarbeiter Ernst Krause eine T., Therese Friedrike Else (Kruckenbergstraße 11). Dem Lagerhalter Karl Kühn ein S., Kurt Wilhelm (an der Schwemme 5). Dem Schriftsetzer Joseph Bölingen ein S., Hermann Robert Erich (Brandenburgerstr. 3). Dem Bremser Joseph Lindenblatt eine T., Anna Marie Elisabeth (Meckelstraße 12). Dem Polizei-Sergeanten Richard Litzow ein S., Beeseerstraße 26). Dem Handarbeiter Gottlieb Lohr eine T., Gertrud Margarethe (Schlosserstraße 12). Dem Tischler Ottomar Ebelt ein S., Gustav Ottomar Kurt (Karlstraße 25). Dem Handarbeiter Gustav Schmidt ein S., Friedrich Gustav (Schützenstraße 12).

Gestorben: Des Handarbeiter Julius Koppe Ehefrau Friederike geb. Weicke, 50 J. (Glaucharstraße 59). Die Witwe Wilhelmine Hübner geb. Hermann, 72 J. (Rannischestraße 17). Der Fisilier Bruno Hilpert, 22 J. (Garnison-Lazarett). Des Fabrikarbeiter Ernst Krebs T. Johanna, 4 J. (Schmiedestraße 36). Des Kellner Karl Richter S. Karl, 5 M. (Lessingstraße 7). Des Handarbeiter Karl Kellner T. Amalie, 3 W. (Feldstraße 8). Des Böttcher Friedrich Schubert T. Klara Emma, 4 J. (Raffinerieestraße 33). Die Witwe Johanne Haack geb. Gebhardt, 80 J. (Ritterstraße 12). Des Schmied August Striesenow T. Elise, 10 M. (Mansfelderstr. 53). Des Lokomotivführer Albert Kriebisch S. Richard, 2 M. (Krausenstraße 15). Des Tischler Hermann Witt T., Olga Anna, 9 Tage (Kirchnik). Des Gürtler Felix Aehle T. Elisabeth, 2 M. (Bäckerstraße 1). Ida Claus, 19 J. (Georgstraße 9). Des Polizei-Sergeant Richard Litzow S., 3 T. (Beeseerstraße 26). Des Maurer Wilhelm Kramer Ehefrau Luise geb. Bleimeister, 36 J. (Forsterstraße 52). Des Schlosser Heinrich Ganske T. Emma, 2 J. (Bäckerstraße 4). Des Tapezierer Emil Dippold T. Elsa, 3 J. (Fleischerstraße 27).

Für die Redaktion verantwortlich: **A. Weihmann** in Halle.

Mittwoch den 22. Januar im „Händelpark"

Oeffentliche

Brauereiarbeiter-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Wiehle** aus Hannover über „Die wirtschaftliche Lage der Brauereiarbeiter und wie können wir dieselbe verbessern. 2. Wahl einer Lohnkommission. 3. Verschiedenes.

Das Erscheinen sämtlicher in den Brauereien beschäftigten Personen ist dringend notwendig.

Mittwoch den 22. Januar

Familien-Abend der Müller

im Vereinslokal,

wozu hierdurch nochmals einladet **Der Vorstand.**

Restaurations-Eröffnung.

Meinen geehrten Freunden und Gönnern die ergebene Mitteilung, daß ich von Herrn **A. Rähm** das

Restaurant Geiststraße 48

übernommen habe.

Es wird mein Bestreben sein, stets für gute Speisen und Getränke Sorge zu tragen und mir das Wohlwollen der mich Beehrenden zu sichern und bitte um geneigten Zuspruch.

Mittwoch Freibier.

Halle a. S., den 20. Januar 1896.

Mit Hochachtung **Ernst Schiemann.**

Morgen Mittwoch

I. Narren-Abend

mit großartigen Ueberraschungen,

wozu freundlichst einladet

F. Borchers, Steinweg 13.

Konsumhalle. **Kaffees** Konsumhalle.

vorzüglich im Geschmack zum Preise von 1.50, 1.60, 1.80, 1.90 und 2 M pro Pfund,

Malzkaffee (gebrannter Weizen) per Pfund 25 ₰

gebranntes Korn per Pfund 20 ₰ empfiehlt

W. Dudenbostel, Breite- u. Laurentinsstraßen-Ecke.

Soeben erschien:

Der wahre Jakob Nr. 2.

Preis 10 Pfg.

Zu haben in der **Volksbuchhandlung,** Bölbergasse 1.

Stadttheater in Halle.

Mittwoch den 22. Januar 1896.
125. Vorstell. — 91. Abonnements-Vorst.

Fidelio.

Oper in 4 Akten von L. v. Beethoven.

Donnerstag den 23. Januar 1896.
126. Vorst. 35. Vorst. außer Abonn.
Erstes Gastspiel des kgl. Hofopernsängers **Georg Anthes** vom königl. Hoftheater in Dresden.

Lohengrin.

Romantische Oper in 3 Akten von Richard Wagner.

Heute Mittwoch **Schlachtefest.**

Herm. Kunter, Anhalterstr. 11.

Walhalla-Theater.

Direktion: Richard Hubert.

Neuer Spielplan!

Die **drei Eclairs,** Bravour-Luftgymnastiker am dreifachen **hohen Reck. (Sensationell!)** — **Brothers Kay** und **Mauron,** exzentrische Komödianten mit ihrem originellen **„Spaß im Panoptikum".** — Mr. **Roberto Alfonso,** Jongleur-Equilibrist. — Mlle. **Diamantine Vernici,** Serpentin- und Fantasie-Tänzerin. — Herr **Jean Paul,** humoristischer Mimiker. — Frl. **Josefine Arden,** Lieder- u. Walzersängerin. — Herr **Siegwart Gentes,** Original-Gesangs- u. Charakter-Humorist.

Beginn 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Albin & Paul Simon

Halle a. S.

Wir zeigen **wiederholt** an, daß wir außer unserm

billigen und guten emaill. Kochgeschirr

als: **Wassereimer** zu 0.70—1.10 M., **Kaffeekannen** 50 Pfg., **Waschbecken** 50 Pfg., **Nachtgeschirre** 20 cm 45 Pfg., **runde Schüsseln** 32 cm 50 Pfg., **Spucknäpfe** 50 Pfg., **Durchschläge** 50 Pfg., **Aufwaschschüsseln** 1 M., **Tassen** 15 Pfg., **Teller** 15 Pfg., **Töpfe**

per Kilo Mk. 1.20,

nach wie vor unser vielfach mit hohen Preisen, voriges Jahr mit der goldenen Medaille ausgezeichnetes

prima Kochgeschirr

per Kilo Mk. 1.50

weiterführen.

Albin & Paul Simon.

National-Theater.

Dienstag den 21. Januar 1896.
Zum letztenmale:

Zehntausend Mark für eine Lüge.

Mittwoch den 22. Januar 1896
Zum Benefiz für den Regisseur Herrn **Eugen Siegwart:**
Zum 1. Male:

Der Kampf ums Dasein.

Volksstück mit Gesang in 4 Akten von M. Weidlich. Musik v. G. Kichaupt.

Donnerstag den 23. Januar 1896.
Zum 22. Male:

Der Obersteiger.

Kassenöffnung 7½ Uhr. Anfang 8 Uhr.

Reinickes Restaur.

Ecke Jakob- und Glaucharstraße.
Mittwoch den 22. Januar

großer Familien-Abend.

Für gemütl. Unterhaltung ist bestens gesorgt.

Mittwoch **Schlachtefest.** **H. Hause,** Schimmelstraße.

Zwei einzelne Leute wünschen ein Kind zu Liebe zu nehmen. Zu erfragen in der Expedition des Volksblattes.

Achtung.

Die Verkaufsstelle des Giebichensteiner Konsumvereins für Backwaren befindet sich Zwingerstraße 29.

Eine kleine Kinderbettstelle, ein Kinderwagen, ein guterhaltenes Sopha mit Lederüberzug passend für Restaurateure) billig zu verkaufen.

Blumenthalstraße 25, 1 Tr.

Hefbauer verkauft **Schmiedstraße 21, 1 Tr. r.**

Kleidersekretär sucht zu kaufen. Offerten unter **C. H.** in der Exp. d. Bl.

1000 Mk. Belohnung

zahle demjenigen, welcher mir nachweisen kann, daß die von mir unter dem Namen **„Rose von Fürstenwalde"** in den Handel gebrachte Kartoffel sich nicht als **feinfein schmeckend** und **gut kochend bewährt.**

Ich offeriere **allerbeste Ware frei Haus pro Zentner 2.50 Mk.**

Max Schultze,
Merseburgerstraße 50.

Zum **Ofensetzen u. Reinigen** empf. sich **F. Müller,** Martinstr. 7, H. II.

1 w. Perückentaube entflogen. Geg. h. Belohn. abzug. Giebich., gr. Brunnst. 50.

Sämtl. Parteischriften

empfiehlt

Die Volksbuchhandlung.

Garant. reines Roggenbrot 6 Pfund 50 Pf. empf. **G. Hädicke,** Schweitzerstr. 18.

Einen Lehrling sucht unter günstigen Bedingungen **E. Glück,** Herrenstraße 23.

Junges Mädchen sucht Stelle Näh. bei **Frau Glöckner, Bruckdorf.**

Sauberes Mädchen sucht Aufwartung f. einige Std. d. L. alter Markt 16, 3 Tr.

Junges anständ. Mädchen sucht Aufwartung **Kapellengasse 8, 3 Tr.**

Flottgeh. Viktualien- u. Flaschenbiergeschäft z. verk. Näh. ert. Luckeng. 4, I r.

Georgstr. 9 1 St., 1 K., Küche u. Zub. 168 M., 1 St., K. u. Zub. 140 M. 1. 4. z. bez.

Eine Wohnung für 180 M zu vermieten Charlottenstraße 13.

Stube, Kammer, Küche für 45 Thlr. 1. April zu verm. Mühlrain 8. Berger.

2 anständige Schlafstellen a 1.50 M Mittelwache 13, 2 Tr.

Anständige Schlafstellen mit Kost offen Turmstraße 154, 3 Tr. links.

Anständige Schlafstelle, vornh., für 2 H. zu verm. Wuchererstr. 20, 2 Tr. l.

Frdl. Schlafstelle offen Turmstr. 157, II r.

Freundliche Schlafstelle offen Töpferplan 5.

Verlag und für die Inseratenverantwortlich Aug. Grot, Halle. — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (e. G. m. b. H.) Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218960122-14/fragment/page=0004